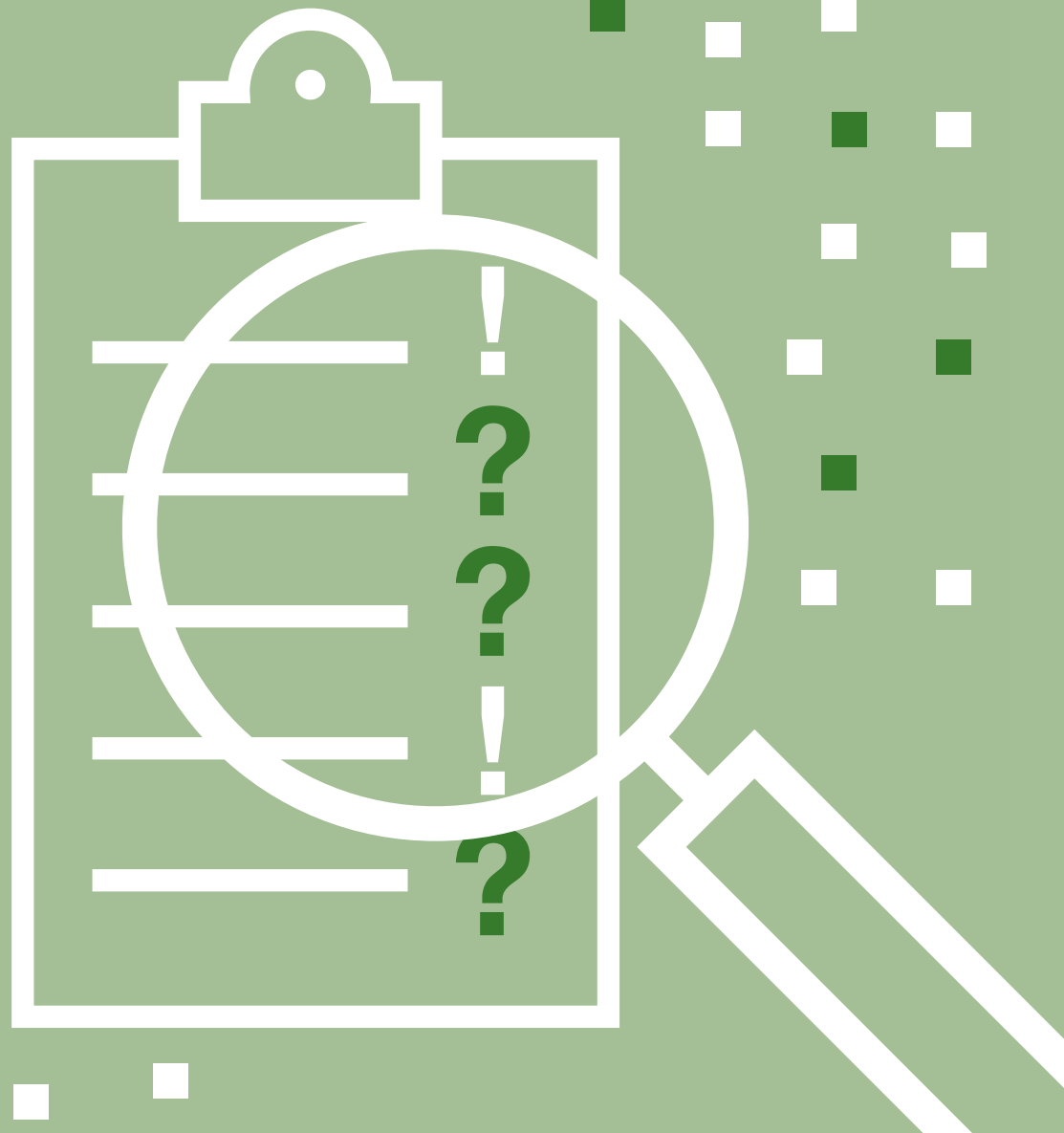


# WELCHE FEHLER DER AMPEL-REGIERUNG STÄRKEN DIE AFD?

Ein Analysepapier von DIE FAMILIENUNTERNEHMER



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b>	<b>3</b>
<b>1. Migrationspolitik (BMI)</b>	<b>5</b>
<b>2. Transferleistungen – Bürgergeld und Wohngeld (BMAS)</b>	<b>6</b>
<b>3. Ausbleibender Wohnungsneubau (Bauministerium, BMWK)</b>	<b>6</b>
<b>4. Gebäudeenergiegesetz (BMWK)</b>	<b>7</b>
<b>5. Deindustrialisierung und Industriestrompreis (BMWK)</b>	<b>8</b>
<b>6. EU-Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor</b>	<b>8</b>
<b>7. Stadt-Land-Konflikt/Umverteilung von unten nach oben</b>	<b>9</b>
<b>8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung</b>	<b>10</b>

## IMPRESSUM | KONTAKT

### Ein Analysepapier von

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.  
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin  
Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390  
kontakt@familienunternehmer.eu  
[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu)

Berlin, April 2024

# VORBEMERKUNG

Die AfD ist eine Oppositionspartei, die in den Meinungsumfragen einen bemerkenswerten Zuspruch erfährt – bundesweit. Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte sie 10,3 Prozent und stieg dann in den Meinungsumfragen an: Das gesamte zweite Halbjahr 2023 lag sie über der 20-Prozent-Marke – in der Spitze bei 23 Prozent. Seit Februar 2024 sind ihre Umfragewerte knapp unter die 20-Prozent-Marke gesunken – was vielleicht auch mit den Demonstrationen gegen die bekanntgewordene »Remigrationspolitik« zusammenhängt, vor allem aber mit der Parteigründung des Bündnis Sahra Wagenknecht im Januar 2024.

Nachdem wir in einem → **eigenen Papier (Link)** analysiert haben, dass die Wirtschaftspolitik der AfD für den familiengeführten Mittelstand kontraproduktiv bis gefährlich ist (**»Die wirtschaftsfeindliche Politik der AfD«**), setzen wir uns nun damit auseinander, wie sehr die Politik der Ampel-Regierung dazu beigetragen haben könnte, viele Bürger geradezu in die Arme der AfD zu treiben.

Was könnte realistisch dazu beigetragen haben, dass die AfD gerade in den ersten zwei Jahren der Ampel-Koalition auf Bundesebene weiter deutlich erstarkt und sich schon seit längerem als die zweistärkste Partei etablieren konnte? Gibt es konkrete gesetzgeberische und administrative Fehler der Ampel-Koalition, die hier mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit einen Negativ-Beitrag geleistet haben? Welche politischen Fehler der Ampel-Koalition haben sich geradezu dafür angeboten, von populistischen Parteien ausgenutzt zu werden? Wodurch wurde seitens der Ampel das Grundvertrauen breiter Kreise der Wähler in die fortdauernde Wirtschaftskraft des Landes erschüttert – und das mit Auswirkungen bei den Umfragen nach der politischen Präferenz?

Nicht in jedem Politikfeld ist der Zusammenhang zwischen Regierungspolitik und dem Erstarken der AfD eindeutig. Aber der Aufschwung der AfD während der Regierungszeit der Ampel ist so gravierend, dass er keinesfalls nur mit einem einzelnen Politikfeld begründet werden kann.

# AUF WELCHEN POLITIKFELDERN STÄRKT DIE AMPEL-REGIERUNG DIE AFD?

# 1. Migrationspolitik (BMI)

Die Migrationspolitik ist aus Sicht der AfD die Mutter aller Probleme. Das hat die AfD bereits während der Regierung Merkel erstarren lassen und so nun auch unter der Ampel-Regierung. Während die Zuwanderung tatsächlicher Fachkräfte aus Drittstaaten weiter eher schleppend vorangeht, findet die Asilmigration kaum gebremst ungeregelt statt. So fanden allein von den 176.000 illegalen Grenzübertritten in die EU im ersten Halbjahr 2023 46.000 nach Deutschland statt. Bereits Ende 2022 verzeichnete Deutschland über 300.000 ausreisepflichtige Ausländer. Dem Deutschland-Trend (September 2023) zufolge sind dann auch 78 Prozent der Deutschen unzufrieden mit der Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft, 78 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und 80 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit der Abschiebepolitik. Für viele Deutsche ist die unkontrollierte Zuwanderung demnach nicht nur ein Sicherheitsrisiko. Sie stellt auch eine gelingende Integration zunehmend in Frage und viele Bürger begreifen den Staat auch nicht mehr als Rechtsstaat, wenn es um den Umgang mit illegalen Asylbewerbern geht.

Nicht entgangen sein dürfte vielen Wählern auch, dass es erst zu ernsthafteren staatlichen Kontrollen an den Grenzen kam, nachdem sowohl die AfD bei den Landtagswahlen 2023 in Bayern und Hessen erhebliche Zugewinne verbucht hatte als auch die als Spitzenkandidatin in Hessen angetretene Bundesinnenministerin dort Wahlverliererin wurde. Dabei hatten insbesondere die Bundesländer Brandenburg und Sachsen die Bundesinnenministerin schon lange und wiederholt aufgefordert, die zunehmenden Schleuseraktivitäten an den Grenzen zu Polen und Tschetchien mit stationären Grenzkontrollen einzudämmen. Die Bundesinnenministerin hat den Zuwachs der AfD grob fahrlässig in Kauf genommen. Dazu kommen die erkennbaren Kosten für die Asylpolitik – bei zunehmend knappen Kassen. Alles das dürfte weiterhin ein wichtiger Nährboden sein, auf dem der Erfolg der AfD gedeiht.

Über Wochen registrierten die Bürger im Jahr 2023, dass Kommunen und Landkreise öffentlich ihre migrationspolitische Überforderung meldeten. Sie kamen rein technisch-administrativ mit den enormen Quantitäten der ihnen zugewiesenen Migranten nicht mehr zurecht. Darauf gab es seitens des Bundes nur Beschwichtigungen, aber keine Hilfsangebote. Soweit erkennbar, ist dann auch wenig geschehen. Auch mit der Errichtung stationärer Grenzkontrollen wurde viel zu spät und erst auf großen öffentlichen Druck hin reagiert. Alles das erinnerte schon fast an 2015, das Jahr des von vielen Bürgern empfundenen Kontrollverlustes des Staates, was ein Booster für die AfD war.

Auch in einem Lebensbereich, den viele Wähler hautnah erleben, wirkt sich die Migrationspolitik einprägsam aus: In den Schulen – und das bundesweit. In 2023 waren für Deutschland die PISA-Ergebnisse wieder sehr ernüchternd. Unstreitig hängt der Rückgang des Leistungsdurchschnitts auch mit dem wachsenden Anteil an Flüchtlingskindern in den Schulen zusammen, zumal wenn sie aus eher bildungsfernen Ländern kommen (wie nur ganz beispielsweise Afghanistan). Gewisse Lösungsansätze wurden in einzelnen Bundesländern (Beispiel Hamburg) entwickelt. Was dabei die Bürger zur AfD treibt, dürfte die gefühlte Ungerechtigkeit sein, dass der Bund Flüchtlinge und Asylbewerber samt ihren Kindern in großer Zahl ins Land lässt, aber dann bei den konkreten Auswirkungen auf den Schulalltag die Bundesländer, die Kommunen und vor allem die Lehrer, Schüler und ihre Eltern mit den sprachlichen, psychologischen und organisatorischen Problemen durch hohe Zahlen an Flüchtlingskindern in den Schulklassen weitgehend allein lässt.

## 2. Transferleistungen – Bürgergeld und Wohngeld (BMAS)

Das Thema »Bürgergeld« steht sinnbildlich für die im Vergleich großzügigen monetären Leistungen des deutschen Sozialstaates, und ist für die AfD eng mit dem Migrationsthema verwoben. Bei offenen Grenzen werden attraktive sozialstaatlichen Leistungen leicht zum Pullfaktor für (illegale) Migration.

Mit Unverständnis blickt ein Großteil der deutschen Bevölkerung auf die großzügige Gewährung sozialstaatlicher Leistungen, denen keine nennenswerte Gegenleistung gegenübersteht. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD und wird auch durch Zahlen untermauert. Während die Beschäftigungsquote von Zuwanderern aus der EU-27 bei 63 Prozent liegt, liegt sie bei Angehörigen aus Asylherkunftsländern bei 43 Prozent und bei den Ukrainern bei 25 Prozent. Die Arbeitslosenquote wiederum liegt bei den EU-27 bei 7,9 Prozent, bei Angehörigen aus den Asylherkunftsländern bei fast 30 Prozent und bei den Ukrainern bei fast 49 Prozent. Schließlich liegt die Quote für den Bezug von Bürgergeld bei Zuwanderern aus den EU-27 bei 8,8 Prozent, bei Angehörigen aus den Asylherkunftsländern bei 44 Prozent und bei den Ukrainern bei fast 64 Prozent.<sup>1</sup> Die Transferleistungen für Flüchtlinge sind von 1,7 Milliarden Euro (2016) auf 10,4 Milliarden Euro (2023) angewachsen.

## 3. Ausbleibender Wohnungsneubau (Bauministerium, BMWK)

Als noch wichtiger als das »Bürgergeld« dürfte aber auch das jetzt noch großzügiger vergebene Wohngeld wahrgenommen werden. Das Mieten-Niveau steigt nicht nur in den Ballungsräumen weiter dramatisch an, weil eine schnell wachsende Nachfrage nach Wohnraum auf ein stagnierendes Angebot trifft. Das Versagen der Ampel beim Versprechen, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, schlägt hier fatal aber berechenbar durch. Seit Amtsantritt der Ampel-Regierung bis Ende 2023 wuchs die Einwohnerzahl um rund 1,5 Millionen Menschen, die meisten davon Flüchtlinge aus der Ukraine. Von den steigenden Mieten ist aber ein Großteil der Transfergeldempfänger wegen Wohngeldes nicht betroffen. Die Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen trifft die Preisentwicklung dagegen mit der vollen Härte. Auch das alles ist Wasser auf die Mühlen der Populisten.

---

1 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Zuwanderungsmonitor, Februar 2024

## 4. Gebäudeenergiegesetz (BMWK)

Das Gebäudeenergiegesetz – oder »Heizungsgesetz« – war mit Sicherheit ein Gewinnerthema für die AfD. Das zeigte sich in 2023 auch an den Umfragen, in denen eine große Mehrheit der Bevölkerung dieses Gesetz ablehnte. Viele Wähler der AfD gaben dabei Sachthemen – auch Ablehnung von Ampel-Vorhaben – als Wahlgrund an.<sup>2</sup>

Das Heizungsgesetz: Für Eigentümer bedeutet dieses Gesetz große finanzielle Belastungen, die ihnen vom Staat gesetzlich auferlegt werden. Die Förderkulisse ist nicht ausreichend, um diese auszugleichen. Im Umfeld von hoher Inflation und steigenden Kosten waren diese Belastungen von vielen tausenden Euro vermutlich ein Grund für das Protestwahl-Verhalten.

Zudem fühlten sich breite Teile der Bevölkerung vom Staat bevormundet, was ebenfalls einen Schub für die AfD gegeben haben dürfte, diese Kausalität war auch schon Gegenstand in deutschen Nachrichten.<sup>3</sup> Es sei nebenbei erwähnt, dass mit der Ausdehnung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr das GEG ab 2027 sowieso unnötig ist. Das heißt, diesem enormen politischen Flurschaden steht klima-politisch keinerlei Gewinn gegenüber – weder ökonomisch noch ökologisch.

Auch der Ausstieg aus den letzten AKW-Meilern kurz nach Kriegsbeginn durch Russland wird vielen Wählern nicht eingeleuchtet haben. Denn das Abschalten der letzten Atomkraftwerke führte nach Studien unweigerlich zu einem Anstieg der Stromkosten. Viele hielten das für eine seltsame Priorität einer grünen Ideologie oder zumindest für eine staatliche Bevormundung bei der erlaubten Technologie. Die sowieso eher russlandfreundliche Wählerklientel der AfD wurde vermutlich in ihren Vorurteilen bestätigt. Wenn dies nicht direkt zu einem Anstieg der AfD-Umfragewerte führte, so sicherlich zu einer Festigung der Wählerbasis.

---

2 Infratest Dimap Wahlanalyse Bayern 2023

3 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3368.html>

## 5. Deindustrialisierung und Industriestrompreis (BMWK)

Nicht nur aber auch durch Entscheidungen der Ampel nimmt die Deindustrialisierung zusätzlich Fahrt auf. Das nehmen die vielen AfD-Wähler aus eher strukturschwachen Regionen aber auch viele Angehörige der Mittelschicht und der Selbstständigen als Bedrohung wahr, denn der damit verbundene Wohlstandsverlust wird bewusst registriert.

Auch in den Regionen, die einen Strukturwandel bewältigen müssen – alte Kohleregionen – sind die Ängste groß. Die Ampel – aber auch die Vorgängerkoalition – sind bisher echte Antworten schuldig geblieben. So wird z. B. eine Verwaltungsstelle in einer neuen Bundesbehörde einem alten, handwerklich ausgebildeten Kohlekumpel kaum eine neue Perspektive bieten. Die Beschleunigung des Kohleausstiegs verschärft die Zukunftssorgen der Betroffenen noch weiter.

## 6. EU-Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor

Die Entscheidung der EU, ab 2035 keine Verbrenner-Autos mehr zuzulassen, zahlt vermutlich gleich mehrfach auf die AfD ein. So fühlen sich viele Bürger wiederum staatlich bevormundet und es entstehen massive Trotzreaktionen. Weiter wissen sie, dass mit dieser Entscheidung ein Teil der deutschen Automobilindustrie geopfert wird, denn E-Autos werden mit wesentlich weniger Arbeitskräften produziert. Auch das führt zu einer schwächeren Wirtschaft, weniger Arbeitsplätzen, weniger Steuereinnahmen und mehr Kosten für den Sozialstaat. Vor allem aber ist das eigene Auto für die allermeisten Menschen die größte Investition, die sie persönlich stemmen. Das staatlich verordnete Verbrenner-Aus hat natürlich Auswirkungen auf den tatsächlichen oder gefühlten Wert des eigenen Verbrenner-Autos. Zudem wäre nach derzeitigem Preisstand der Ersatz eines bisherigen Verbrenner-Kleinwagens durch ein E-Auto deutlich teurer – was für einen Durchschnittsverdiener eine erhebliche finanzielle Belastung wird, die ihm vom Staat aufgezwungen wird. Verstärkt wird das durch den Widerspruch, dass für die Elektrifizierung des gesamten PKW-Verkehrs gar nicht schnell genug Ladestationen errichtet werden und gleichzeitig Strom in Deutschland zu einer der teuersten Energiequelle zählt. All das wissen viele Bürger und wählen entsprechend.



## 7. Stadt-Land-Konflikt/Umverteilung von unten nach oben

Der Stadt-Land-Konflikt ist komplex. Trotzdem dürfte bei Teilen der »Landbevölkerung« der Eindruck bestehen, das Gros der Lasten tragen zu müssen. Die Fahrt zur Arbeit und die Pendlerpauschale sind ein häufiges Thema – es könnte aufgrund der Ampel-Politik bald noch teurer werden.

Windparks werden dicht an Dörfern gebaut, die Renditen aus dem EEG fließen aber eher den Städtern zu. Die Anschlusskosten für Windparks in relativ dünn besiedelten Regionen treiben zudem den Strompreis in den Dörfern.

In den Städten ist der öffentliche Nahverkehr wesentlich besser ausgebaut, während die Landbevölkerung gezwungen ist, auf das Auto zurückzugreifen. Aber gerade diese Art der Mobilität wird immer teurer, und das ist politisch gewollt.

Das 49-Euro-Ticket wird überall da, wo der nächste Regionalbahnhof weit entfernt ist oder nur selten von Zügen angefahren wird, als Geschenk an die Städter wahrgenommen. Die Kosten dafür muss die Landbevölkerung aber mit ihren Steuern dennoch schultern.

Kurzum: An vielen Fronten hat die Landbevölkerung gewiss das Gefühl, mehr Lasten zu tragen als die Stadtbevölkerung. Wer dagegen aufbegehren will, dem bietet die AfD eine Möglichkeit.

## 8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung

In den letzten Jahren hat sich in der Breite der Bevölkerung der Eindruck festgesetzt, dass der Staat immer weniger auf die Herausforderungen der Zeit (Corona, Energiepreiskrise, innere und äußere Sicherheit) angemessen reagieren kann. Ursächlich für diese wahrgenommene Überforderung ist, dass sowohl in den letzten Merkel-Jahren als auch in der Ampel (mit der hohen Fallhöhe der selbst ausgerufenen »Fortschrittskoalition«) die Verwaltungsdigitalisierung verschleppt und sogar zurückgedreht wird. Beispiele: Das Ende der Möglichkeit digitaler Arbeitsverträge, das Versagen der Finanzämter, Überweisungen an alle Deutschen im Zuge des Klimageldes leisten zu können (so wie es Österreich schafft) oder die überforderten Ämter bei der Anerkennung ausländischer Fachkräfte. Die Politik geht keine ernsthaften Reformen der öffentlichen Verwaltung an. Anstatt durch Strukturreformen, systematische Fortbildungen und Digitalisierung den öffentlichen Dienst zu modernisieren, ist nur ein Stellenaufwuchs zu beobachten. Der staatlichen Verwaltung fehlt die Effizienz.

Durch all dieses fortlaufende Unterlassen wachsen der Frust und der Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates. Die Bürger vor Ort und ganz besonders die Handwerker, Selbstständigen und Unternehmer sehen eine rasant wachsende Bürokratie, die immens belastet, aber keinen Staat, der auch sich selbst zu verbessern versucht. Die Ampel agiert nach dem Motto »Digitalisierung second«.

Laut der dbb-Bürgerbefragung 2023 ist das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit auf dem Tiefpunkt. Danach gehen nur noch 27 Prozent der Bürger davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen.<sup>4</sup> Überfordert ist der Staat demnach vor allem mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Bildungspolitik sowie in der Klima- und Umweltpolitik, so das Ergebnis der 17. dbb Bürgerbefragung, die das Meinungsforschungsinstitut forsa durchgeführt hat. Alle abgefragten staatlichen Dienstleistungen und Institutionen haben in 2023 schlechtere Performance-Noten bekommen als im Vorjahr – außer der einzigen Partei, die bisher noch nirgendwo in Regierungsverantwortung war und deshalb als unbelastet gilt – der AfD.

---

4 <https://www.dbb.de/artikel/vertrauen-in-staatliche-handlungsfahigkeit-auf-tiefpunkt-gewaltbereitschaft-steigt.html>



**DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.**

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-0 | Fax 030 300 65-390

[kontakt@familienunternehmer.eu](mailto:kontakt@familienunternehmer.eu)

[www.familienunternehmer.eu](http://www.familienunternehmer.eu)

Illustration: DIE FAMILIENUNTERNEHMER

